

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Dezember 2006
– Drucksache 14/736**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 1. Oktober 2004
„Kostenorientierte Optimierung der Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg“**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

I.

Von der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Dezember 2006 – Drucksache 14/736 – Kenntnis zu nehmen.

II.

Die Landesregierung zu ersuchen,

1. das Ergebnis der Verhandlungen mit der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank (L-Bank), der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH (MFG), der BioPro Baden-Württemberg GmbH, der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) und der Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH (bw-i) über eine engere Verzahnung der operativen Geschäfte der Wirtschaftsordnung des Landes mitzuteilen;
2. den Umfang und den Zeitplan der geplanten Verlagerung der operativen Durchführung von Fördermaßnahmen der neuen EU-Strukturförderperiode auf einen Träger außerhalb des Wirtschaftsministeriums und die damit verbundenen Personaleinsparungen mitzuteilen und darüber hinaus weiterhin die Auslagerung weiterer operativer Fördergeschäfte des Wirtschaftsministeriums mit Nachdruck zu prüfen;
3. über den Umfang der Personaleinsparungen beim Haus der Wirtschaft sowie über die Umsetzung als Kosten rechnende Einrichtung (cost-center)

mit Blick auf die geeignete Betriebsform des Hauses der Wirtschaft zu berichten;

4. dem Landtag über das Veranlasste bis 1. Dezember 2007 zu berichten.

29. 03. 2007

Die Berichterstatterin:

Veronika Netzhammer

Der Vorsitzende:

Ingo Rust

Bericht

Der Finanzausschuss beriet die Mitteilung Drucksache 14/736 in seiner 13. Sitzung am 29. März 2007. Vorberatend hatte sich der Wirtschaftsausschuss in seiner Sitzung am 28. März 2007 mit der Mitteilung befasst. Die Empfehlung und der Bericht des Wirtschaftsausschusses sind dem Bericht über die Beratungen des Finanzausschusses als Anlage beigelegt.

Die Berichterstatterin legte dar, der Wirtschaftsausschuss habe als Empfehlung an den Finanzausschuss einstimmig die Fassung übernommen, die vom Rechnungshof als Beschlussempfehlung an das Plenum angeregt worden sei. Der Rechnungshof schlage eine noch engere Zusammenarbeit der Akteure in den Bereichen Außenwirtschaft und Standortmarketing vor. Das Wirtschaftsministerium beschäftige sich bereits mit diesem Thema. Dazu werde bald ein Ergebnis vorliegen.

Im Wirtschaftsausschuss sei gestern über den Sinn des sogenannten w-Punkts diskutiert worden. Die Einrichtung dieser zentralen Anlaufstelle für Belange der Wirtschaftsförderung gehe im Grunde auf eine Anregung der Mittelstandsenquete des Landtags zurück. Da ursprünglich angenommen worden sei, diese Stelle würde von den Bürgern in stärkerem Maß persönlich aufgesucht, sei sie zunächst mit vier Arbeitskräften ausgestattet worden. Die Bürger nutzten jedoch vor allem den Internetauftritt des w-Punkts, um sich darüber zu informieren, wo sie vor Ort die für ihr Problem richtige Beratungseinrichtung fänden. Insofern sei die Mitarbeiterzahl des w-Punkts auf 1,5 reduziert worden.

Bis 30. September 2006 hätten immerhin über 27 000 Besucher das w-Punkt-Angebot im Internet genutzt und dabei mehr als 200 000 Seiten aufgerufen. Sie vertrete im Gegensatz zu dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD die Ansicht, dass die Bürger ein solches Internetportal erwarteten, auch wenn sie sich nach dessen Nutzung noch persönlich an die entsprechende Beratungseinrichtung vor Ort wenden müssten.

Weiter habe der Wirtschaftsausschuss über die Frage diskutiert, ob es sinnvoll sei, dass die operative Umsetzung von Programmen beim Wirtschaftsministerium liege, oder ob nicht ein anderer Träger diese Aufgabe übernehmen sollte. Das Wirtschaftsministerium wolle nun die operative Durchführung von Fördermaßnahmen der neuen EU-Strukturförderperiode nach außen verlagern. Diskutiert werde noch darüber, um wen es sich dabei handeln solle.

Schließlich habe der Wirtschaftsausschuss auch noch über das Haus der Wirtschaft beraten. Nach Ansicht des Wirtschaftsausschusses lasse sich dieses Haus nicht mit irgendeinem Kongresszentrum oder einem anderen Veranstal-

tungsraum vergleichen. Das Haus der Wirtschaft sei vielmehr ein Instrument des Standortmarketings und der Wirtschaftsförderung. Es biete den verschiedenen Akteuren der Wirtschaft einen Treffpunkt und ermögliche ihnen, sich zu präsentieren.

Im Haus der Wirtschaft fänden jährlich 2 000 Veranstaltungen statt. Für einen Großteil davon werde keine Miete verlangt. Diese Einnahmen würden hochgerechnet einem Betrag von 2,2 Millionen € entsprechen. Dem stünden tatsächliche Mieteinnahmen in Höhe von 500 000 € gegenüber.

Seitens der Grünen sei gestern im Wirtschaftsausschuss beantragt worden, einen Plan zur Privatisierung des Veranstaltungsbetriebs des Hauses der Wirtschaft vorzulegen. Vor Aufnahme einer solchen Privatisierungsdebatte sollte das Haus der Wirtschaft zunächst einmal als kostenrechnende Einrichtung geführt werden. Seine kalkulatorischen Einnahmen seien präzise zu erfassen. Auch sollte der Gegenwert berücksichtigt werden, der sich durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen ergebe. Damit würde auch eine Privatisierungsdiskussion möglicherweise auf einer ganz anderen Basis ausgetragen. Wenn nämlich nach einer Privatisierung bestimmte Veranstaltungen nicht mehr stattfänden, hätte das Land nichts gewonnen.

Ein Abgeordneter der SPD unterstrich, die Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg sei in unsinniger Weise zersplittert. Deshalb fordere die SPD schon lange, die Wirtschaftsförderung im Land unter dem Dach der L-Bank in einer Landeswirtschaftsfördergesellschaft zusammenzuführen. Dieser Schritt wäre sinnvoll und würde Kosten sparen.

Bisher sei viel zu wenig geschehen, was die Umsetzung der Empfehlungen des Rechnungshofs in seiner Beratenden Äußerung angehe. Anstatt die Wirtschaftsförderung zusammenzuführen, sei der w-Punkt geschaffen worden. Dieser solle die Ratsuchenden durch den nach wie vor bestehenden „Förderdschungel“ führen. Der Geschäftsanfall bei dieser Stelle, die im Grunde keine richtige Aufgabe besitze, sei jedoch sehr gering. Ihre Einrichtung habe sich als Flop erwiesen.

Seine Vorrednerin habe ihn missverstanden. Ihm gehe es nicht um eine Aufgabe des Internetangebots. Doch verweise er auf das Beispiel Bayerns, wo neben dem betreffenden Internetportal kein w-Punkt existiere. Dieser sei nicht erforderlich. So müsse nach einer Recherche im Internet nicht auch noch eine Beratungseinrichtung persönlich aufgesucht werden.

Auch die SPD sei der Ansicht, dass das Haus der Wirtschaft gerade als Instrument der Wirtschaftsförderung eine sehr sinnvolle Einrichtung darstelle. Die SPD unterstütze allerdings mit Nachdruck den Vorschlag, das Haus als kostenrechnende Einrichtung zu führen. Dieser Schritt sei überfällig. Seine Fraktion trete auch den übrigen Vorschlägen des Rechnungshofs bei, wenngleich sie nicht voll den Intentionen der SPD entsprächen.

Ein Abgeordneter der Grünen erklärte, das w-Punkt-Angebot im Internet sei von Juli 2004 bis Ende September 2006 von rund 27 000 Besuchern genutzt worden. Diese Zahl innerhalb eines Zeitraums von etwa zwei Jahren betrachte er als außerordentlich bescheiden. Auch halte er es für eine unglaubliche Misswirtschaft, dass 53 000 € in den technischen Marktauftritt investiert worden seien. Die entsprechenden Maßnahmen hätten sich auch für 2 000 bis 5 000 € durchführen lassen. Er bitte das Wirtschaftsministerium hierzu um eine Stellungnahme.

Unter Ziffer 1 der vorliegenden Mitteilung werde ein gemeinsames Gespräch mit Institutionen der Wirtschaftsförderung angekündigt, bei dem die Potenzi-

ale einer verbesserten Zusammenarbeit ausgelotet werden sollten. Ihn interessiere, ob dieses Gespräch stattgefunden habe. Weiter sei in der Mitteilung davon die Rede, dass Kammern und Wirtschaftsverbände Stellungnahmen zu dieser Organisationsstruktur eingebracht hätten. Er bitte darum, diese Stellungnahmen auch dem Finanzausschuss – zumindest ein Exemplar pro Fraktion – zuzuleiten. Dies wäre sinnvoll, um die Entscheidungsfindung im Wirtschaftsministerium beurteilen zu können.

Er sei im Gegensatz zum Wirtschaftsministerium, das von der FDP/DVP geführt werde, kein Privatisierungsanhänger. Insofern halte er die Aussage im letzten Absatz der vorliegenden Mitteilung für nicht ausreichend. Dort heiße es:

Unter Einbezug dieser Aspekte wird das Wirtschaftsministerium den Nutzen und die Risiken einer Privatisierung des Betriebs „Haus der Wirtschaft“ in kurz-, mittel- und langfristiger Sicht untersuchen.

Die Grünen wollten nicht privatisieren, sondern beantragten, Abschnitt II Ziffer 3 der Empfehlung des Wirtschaftsausschusses durch folgende Fassung zu ersetzen:

einen Plan zur Privatisierung des Veranstaltungsbetriebs „Haus der Wirtschaft“ vorzulegen und über den Umfang der dabei zu erreichenden Personal- und Sachkosteneinsparungen beim Haus der Wirtschaft zu berichten

Diese Forderung unterscheide sich nicht sehr von dem Vorschlag des Rechnungshofs, den der Wirtschaftsausschuss übernommen habe, das Haus der Wirtschaft als kostenrechnende Einrichtung zu führen. Damit solle praktisch für Transparenz gesorgt werden. Er habe den Änderungsantrag dennoch eingebracht, um sicherzustellen, dass die Beschlussanträge seiner Fraktion im Wirtschaftsausschuss und im Finanzausschuss übereinstimmten. Sollte der Änderungsantrag abgelehnt werden, stimmten die Grünen der ursprünglichen Fassung trotzdem zu.

Eine Abgeordnete der FDP/DVP betonte, ihre Fraktion spreche sich zwar sehr oft für eine Privatisierung aus, dies aber nicht um der Privatisierung willen, sondern um Aufgaben, die der Staat nicht selbst erledigen müsse, abzugeben. Sie fuhr fort, im Haus der Wirtschaft würden durchaus Aufgaben wahrgenommen, die notwendig seien, um die Wirtschaftsförderung effizient durchzuführen. Die FDP/DVP halte deshalb die angestrebte Transparenz für die richtige Lösung.

In Baden-Württemberg bestehe derzeit an verschiedenen Stellen eine sehr zielgenaue Förderung. Die große Wirtschaftsförderinstitution, die der SPD vorschwebte, wäre nicht stark, sondern würde oberflächlich arbeiten. Gerade kleine und mittlere Betriebe, die am dringendsten einer Förderung bedürften, fielen durch das Raster, da sie etwas höheren Ansprüchen von Banken nicht genügten. Damit würden auch die ganzen branchenspezifischen Förderprogramme hinfällig. Diese seien jedoch die effizientesten Förderprogramme überhaupt.

Daher halte sie es durchaus für wichtig, die Struktur einer spezialisierten Förderung zu erhalten. Um darüber wiederum einen Überblick zu verschaffen, sei eine Einrichtung wie der w-Punkt in der Tat sinnvoll. Er sei dem jeweiligen Interessenten dabei behilflich, die richtige Institution zu finden, die zielgenau berate und nicht unpräzise Auskünfte erteile, wie es bei einer großen Institution der Fall wäre.

Das Internetangebot des w-Punkts beziehe sich vor allem auf das Thema Existenzgründung. Da sich nicht sehr viele Menschen mit diesem Thema befassten, sei klar, dass die Zahl der Besucher dieses Angebots nicht in die Millionen gehe. Auch machten sich potenzielle Existenzgründer auf verschiedenen Wegen kundig. Der w-Punkt werde jedoch nach und nach immer mehr in Anspruch genommen. Dies zeige, dass es sich um eine sinnvolle Einrichtung handle.

Der Ministerialdirektor im Wirtschaftsministerium teilte mit, sein Haus stimme der Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung an das Plenum zu. Er fügte an, der Abgeordnete der Grünen habe die Investitionskosten im Zusammenhang mit dem Internetauftritt des w-Punkts angesprochen. Er sage dazu einen schriftlichen Bericht zu. Das gemeinsame Gespräch, das der Abgeordnete der Grünen in einer weiteren Frage aufgegriffen habe, sei am 4. Dezember 2006 durchgeführt worden. Dabei habe das Wirtschaftsministerium die beteiligten Institutionen – L-Bank, Medien- und Filmgesellschaft, BIOPRO, Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit und Baden-Württemberg International – im Rahmen einer Selbstverpflichtung aufgefordert, zunächst einmal darzustellen, wo sie Synergien sähen und wo sie eine Zusammenarbeit als sinnvoll erachteten.

Er halte nichts davon, die Wirtschaftsförderung in einer einzigen Gesellschaft zusammenzuführen. Es handle sich zum Teil um sehr spezialisierte Förderangebote. Es gehe darum, die vorhandenen Synergien zu nutzen, und nicht unbedingt darum, große Einheiten zu schaffen.

Beim w-Punkt sei das „Laufgeschäft“ abgeschafft worden. Dies habe nicht zu einem Funktionsverlust geführt. Da die Interessenten das Angebot nicht im erwarteten Maß angenommen hätten, sei eine Spezialisierung auf das elektronische Medium erfolgt. Dies werde fortgeführt. Dadurch seien auch Wirtschaftlichkeitserfolge erzielt worden.

Der mündlich vorgebrachte Änderungsantrag des Abgeordneten der Grünen wurde mehrheitlich abgelehnt.

Einstimmig erhob der Finanzausschuss die Empfehlung des vorberatenden Wirtschaftsausschusses (Anlage) zur Beschlussempfehlung an das Plenum.

20. 04. 2007

Veronika Netzhammer

Anlage

Empfehlung und Bericht

**des Wirtschaftsausschusses
an den Finanzausschuss**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Dezember 2006
– Drucksache 14/736**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 1. Oktober 2004
– Kostenorientierte Optimierung der Wirtschaftsförderung in Ba-
den-Württemberg**

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen:

I.

Von der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Dezember 2006 – Druck-
sache 14/736 – Kenntnis zu nehmen.

II.

Die Landesregierung zu ersuchen,

1. das Ergebnis der Verhandlungen mit der Landeskreditbank Baden-Württemberg – Förderbank (L-Bank), der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH (MFG), der BioPro Baden-Württemberg GmbH, der Stiftung Entwicklungszusammenarbeit Baden-Württemberg (SEZ) und der Baden-Württemberg International – Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit mbH (bw-i) über eine engere Verzahnung der operativen Geschäfte der Wirtschaftsförderung des Landes mitzuteilen;
2. den Umfang und den Zeitplan der geplanten Verlagerung der operativen Durchführung von Fördermaßnahmen der neuen EU-Strukturförderperiode auf einen Träger außerhalb des Wirtschaftsministeriums und die damit verbundenen Personaleinsparungen mitzuteilen und darüber hinaus weiterhin die Auslagerung weiterer operativer Fördergeschäfte des Wirtschaftsministeriums mit Nachdruck zu prüfen;
3. über den Umfang der Personaleinsparungen beim Haus der Wirtschaft sowie über die Umsetzung als Kosten rechnende Einrichtung (cost-center)

mit Blick auf die geeignete Betriebsform des Hauses der Wirtschaft zu berichten;

4. dem Landtag über das Veranlasste bis 1. Dezember 2007 zu berichten.

28. 03. 2007

Die Vorsitzende und Berichterstatlerin:

Veronika Netzhammer

Bericht

Der Wirtschaftsausschuss beriet die Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 14/736, vorberatend für den federführenden Finanzausschuss in seiner 6. Sitzung am 28. März 2007.

Dem Ausschuss hat hierzu eine Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung an den Finanzausschuss vorgelegen, die dem Bericht als Anlage beigelegt ist.

Ein SPD-Abgeordneter trug vor, das, was die Landesregierung aufgrund der Beratenden Äußerung des Rechnungshofs zur kostenorientierten Optimierung der Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg unternommen habe, sei noch nicht zufriedenstellend. Der w-punkt sei auf 1,5 Mitarbeiterstellen reduziert worden. Die zuvor vier Mitarbeiter hätten durchschnittlich insgesamt vier Telefonanrufe pro Tag sowie zweimal wöchentlich schriftliche Anfragen bearbeitet. Die Umstrukturierung entspreche noch nicht den Vorschlägen der SPD, die Wirtschaftsförderung unter dem Dach der L-Bank zusammenzufassen und damit Synergien und Kosteneinsparungen zu erzielen.

Nun sollten neben dem Wirtschaftsministerium und anderen, die sich mit der Wirtschaftsförderung beschäftigten, zusätzlich neue Gremien wie der Innovationsrat geschaffen werden. Zu dessen Aufgaben zähle das Staatsministerium beispielsweise die Stärkung der für die Zukunft des Landes ausschlaggebenden Forschungs- und Technologiecluster, die Identifizierung und Entwicklung neuer Innovationsfelder sowie die beschleunigte Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Produkte und Verfahren. Obwohl dies den klassischen Technologietransfer darstelle, schreibe das Staatsministerium in einer Pressemitteilung hierzu, dass der Wirtschaftsminister persönlich die wichtigen Aufgaben des Technologietransfers übernehmen solle. Offen bleibe, wer nun tatsächlich der Ansprechpartner für baden-württembergische Unternehmer sei.

Die SPD-Fraktion habe selbst einmal im w-punkt angerufen und mit dem Innovationsrat verbunden werden wollen, sei dann aber nur zum Innenministerium durchgestellt worden. Gemäß der Pressemitteilung solle der Vorstand des Innovationsrats darüber hinaus ein „Hightechnetzwerk Baden-Württemberg“ koordinieren sowie die Bildung von neuen Technologieclustern und Branchennetzwerken unterstützen. Hierfür könne nach Auffassung der SPD-Fraktion die bisher zuständige Abteilung im Wirtschaftsministerium gleich zum Innovationsrat umgesiedelt werden.

Aus all dem gehe hervor, dass das Land die vorhandenen Instrumente nicht ausreichend einsetze, sondern stattdessen ein neues Gremium mit einer Vielzahl von operativen Aufgaben schaffe, das in enger Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium arbeiten solle.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion könne der w-punkt nun endgültig seine Arbeit einstellen. Stattdessen sollten die Beratungen zusammengeführt werden, um Synergien zu erzielen und Kosten einzusparen. Hierzu habe die Landesregierung noch kein vernünftiges Ergebnis vorgelegt. Die Neukoordinierung führe nur zu weiteren Ausgaben, aber nicht zum gewünschten Ergebnis.

Eine Abgeordnete der Grünen wies darauf hin, dass ausweislich der Mitteilung der Landesregierung bereits im Oktober 2006 Einzelgespräche mit der L-Bank, der MFG, der BIOPRO, der SEZ und bw-i stattgefunden hätten, deren Ergebnisse derzeit ausgewertet und dann in die weiteren Überlegungen einbezogen würden. Nun wolle sie wissen, ob die Ergebnisse zwischenzeitlich ausgewertet seien und welche Konsequenzen daraus gezogen würden.

Sie fuhr fort, in allen Stellungnahmen zum Haus der Wirtschaft werde betont, dass dies nicht mit einem kommerziellen Veranstaltungsbetrieb zu vergleichen sei, sondern ein Schaufenster für die Wirtschaft des Landes darstelle. Die Mitteilung der Landesregierung enthalte jedoch keine neuen Begründungen dafür, dass das Wirtschaftsministerium dieses Haus der Wirtschaft selbst betreibe. Nach Auffassung der Grünen solle angestrebt werden, das Haus der Wirtschaft zu privatisieren. Dies bedeute nicht, dass bisher dort stattfindende Veranstaltungen nicht mehr dort stattfinden könnten. Die Unterstützung bestimmter Veranstaltungstypen und Branchen nach dem Willen des Parlaments könne anderweitig ebenfalls fortgesetzt werden.

Bei den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss hätten die Grünen bereits einen Antrag eingebracht, der eine Privatisierung des Hauses der Wirtschaft zum Ziel gehabt habe. Im Finanzausschuss habe zwar grundsätzlich Zustimmung vorgeherrschet, aber dort sei vorgebracht worden, die Zeit sei hierfür noch nicht reif, zumal der Wirtschaftsausschuss und der Finanzausschuss noch einmal darüber berieten. Aus diesem Grund beantrage sie nun,

die Landesregierung zu ersuchen,

einen Plan zur Privatisierung des Veranstaltungsbetriebs Haus der Wirtschaft vorzulegen und über den Umfang der dabei zu erreichenden Personal- und Sachkosteneinsparungen beim Haus der Wirtschaft zu berichten.

Eine CDU-Abgeordnete meinte, eine Privatisierung habe zum Ziel, dass das Land anschließend geringere Ausgaben haben solle. Das Haus der Wirtschaft sei aber kein allgemeines Veranstaltungshaus oder Kongresszentrum, sondern werde gezielt genutzt, um eigene Veranstaltungen des Landes durchzuführen, oder bestimmten Organisationen preisgünstig zur Verfügung gestellt. Der Finanzausschuss habe darum gebeten, dass einmal berechnet werde, welcher geldwerte Vorteil dem Land hieraus entstehe. Auch wenn dies kein monetärer Einnahmestrom sei, müsse diese Summe mit berücksichtigt werden.

Eine Abgeordnete der FDP/DVP führte aus, das Wirtschaftsministerium sei ein besonders schlankes Ministerium und habe eine Vielzahl von Einsparungsvorhaben umgesetzt. Ein Minimum öffentlichkeitswirksamer Einrichtungen werde aber weiterhin benötigt. Hier habe das Haus der Wirtschaft als Schaufenster der mittelständischen Wirtschaft eine wichtige Funktion und solle mit seiner positiven Außenwirkung erhalten bleiben. Um Neuerungen umzusetzen, müsse manchmal auch etwas ausprobiert werden. Dabei sei sicher nicht immer alles gleich optimal. Mit neuen Ideen könnten aber vermehrt verbesserte Strukturen und Verknüpfungen geschaffen werden.

Eine Vertreterin des Rechnungshofs legte dar, der Rechnungshof habe ange-regt, dass die Landesregierung über den Umfang der Personaleinsparungen

beim Haus der Wirtschaft sowie über die Umsetzung als Kosten rechnende Einrichtung berichte, um damit eine Grundlage für eine Entscheidung über die weitere Zukunft des Hauses der Wirtschaft zu haben. Zunächst benötige die Politik die Zahlen, bevor sie hierüber endgültig entscheiden könne.

Der Rechnungshof lege ferner Wert darauf, dass das operative Geschäft im Hinblick auf Fördermaßnahmen aus dem EU-Strukturfonds zukünftig außerhalb des Wirtschaftsministeriums erfolge. Das Wirtschaftsministerium habe erkennen lassen, dass es hierzu durchaus bereit sei.

Ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums legte dar, schon in früheren Jahren sei versucht worden, die Einnahmesituation des Hauses der Wirtschaft zu verbessern. Allerdings dürften nach dem Amtshilfeerlass des Finanzministeriums aus dem Jahr 1998 keine Mieteinnahmen erzielt werden, wenn die Ministerien sich untereinander Räume für Veranstaltungen zur Verfügung stellten. Auch der Versuch, das Haus der Wirtschaft zu einer kostendeckenden Einrichtung zu machen, sei nach diversen Gutachten vom Finanzministerium abgelehnt worden.

Zwischenzeitlich werde das Haus der Wirtschaft von einer Vielzahl von Nutzern genutzt. Es erziele Bruttoeinnahmen von rund 2,7 Millionen € pro Jahr. Einnahmeüberschüsse bekomme das Finanzministerium für den allgemeinen Haushalt. Diese Überschüsse könnten nicht als Deckungsbeiträge herangezogen werden, wie es auch nach NSI erforderlich wäre. Die kostenfreie Überlassung an andere Ministerien habe sich darüber hinaus schnell herumgesprochen und sei auch von anderen Institutionen genutzt worden, die sich lediglich einen Schirmherr aus einem Ministerium für ihre Veranstaltungen hätten suchen müssen.

Inzwischen seien bereits die Aufträge vergeben, um bis zum Herbst 2007 eine Kostenrechnung aufzubauen, in die auch die Veranstaltungen der Ministerien und der Regierungspräsidien oder anderer Institutionen einbezogen würden. Im Jahr 2006 seien 1 700 Veranstaltungen zur Anmietung angefragt worden, und 960 Veranstaltungen hätten im Haus der Wirtschaft stattgefunden. Nun müssten die Kostendeckungsgrade ermittelt und dann über das weitere Vorgehen entschieden werden.

Eine Abgeordnete der Grünen brachte vor, die FDP/DVP spreche sich immer nur dann für Privatisierungen aus, wenn ihre eigenen Ressorts nicht davon betroffen seien. Ihrer Meinung nach könne nach den Diskussionen im Finanzausschuss nun zügig eine Privatisierung des Hauses der Wirtschaft angegangen werden. Gemäß dem von ihr gestellten Antrag solle die Landesregierung hierzu einen Plan vorlegen und berichten, wie damit Personal- und Sachkosten eingespart werden könnten. Wenn ein solcher Plan vorliege, könne immer noch darüber entschieden werden, ob er tatsächlich so umgesetzt werde oder modifiziert werden müsse.

Die Ausschussvorsitzende warf ein, gemäß den Ausführungen der Vertreterin des Rechnungshofs sei es durchaus sinnvoll, zunächst konkrete Zahlen zu ermitteln, bevor weiter gehende Arbeitsaufträge erteilt würden.

Der Wirtschaftsminister erläuterte, bei der Einrichtung des w-punkts sei möglicherweise davon ausgegangen worden, dass diejenigen, die eine Auskunft suchten, alle nach Stuttgart kämen. Dies sei so nicht eingetreten. Dennoch empfehle er ausdrücklich, den w-punkt beizubehalten, da jährlich mehr als 1 000 Anmeldungen über das Internet erfolgten. Es bestehe also ein großes Interesse daran, auf elektronischem Weg die richtigen Ansprechpartner vermittelt zu bekommen.

Bezüglich der Gespräche über eine Bündelung der Aktivitäten von L-Bank, MFG, BIOPRO, SEZ und bw-i werde das Wirtschaftsministerium bis spätestens Ende April Vorschläge vorlegen.

Die operative Abwicklung beispielsweise der Förderungen über den Europäischen Sozialfonds wolle das Wirtschaftsministerium für die gesamte Förderperiode bis 2013 der L-Bank übertragen. Mit der Übertragung dieser operativen Aufgaben werde noch im Jahr 2007 begonnen. Dies entspreche auch dem Vorschlag des Rechnungshofs.

Alle Bundesländer hätten Institutionen eingerichtet, die mit dem baden-württembergischen Innovationsrat vergleichbar seien. Dieser Innovationsrat sei beim Staatsministerium angesiedelt, um seine Ergebnisse so platzieren zu können, dass sie auch von allen anderen Ministerien umgesetzt würden. Er habe keine operativen Aufgaben, sondern solle seine Vorstellungen in die Ministerien hineinbringen.

Der Minister machte nach einem Einwurf eines SPD-Abgeordneten deutlich, für die in der Pressemitteilung des Staatsministeriums genannten Aufgaben mache der Innovationsrat als Ideengeber Vorschläge, die aber anderswo, beispielsweise von den Ministerien, umgesetzt werden müssten.

Der Ausschuss lehnte zunächst den von der Abgeordneten der Grünen vorgebrachten Antrag, die Landesregierung zu ersuchen, einen Plan zur Privatisierung des Veranstaltungsbetriebs Haus der Wirtschaft vorzulegen und über den Umfang der dabei zu erreichenden Personal- und Sachkosteneinsparungen beim Haus der Wirtschaft zu berichten, bei zwei Jastimmen mit allen übrigen Stimmen ab.

Er stimmte daraufhin dem Abschnitt I und den Ziffern 1 und 2 sowie in getrennter Abstimmung der Ziffer 4 von Abschnitt II der Anregung des Rechnungshofs für eine Beschlussempfehlung an den Finanzausschuss einstimmig und der Ziffer 3 von Abschnitt II der Anregung des Rechnungshofs mit 15 Jastimmen bei zwei Stimmenthaltungen zu.

20. 04. 2007

Veronika Netzhammer

Anlage

Anregung des Rechnungshofs

22. März 2007

**für eine Beschlussempfehlung
des Finanzausschusses und
des Wirtschaftsausschusses**

**zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Dezember 2006
- Drucksache 14/736**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;
hier: Beratende Äußerung des Rechnungshofs vom 1. Oktober 2004 zur kosten-
orientierten Optimierung der Wirtschaftsförderung in Baden-Württemberg
-Drucksache 13/3641**

Der Landtag wolle beschließen:

I.

Von der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Dezember 2006 - Drucksache 14/736 -
Kenntnis zu nehmen;

II.

Die Landesregierung zu ersuchen,

1. das Ergebnis der Verhandlungen mit der Landeskreditbank Baden-Württemberg -
Förderbank (L-Bank), der Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH
(MFG), der BioPro Baden-Württemberg GmbH, der Stiftung Entwicklungszusam-
menarbeit Baden-Württemberg (SEZ) und der Baden-Württemberg International -
Gesellschaft für internationale wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenar-
beit mbH (bw-i) über eine engere Verzahnung der operativen Geschäfte der Wirt-
schaftsförderung des Landes mitzuteilen;

Wirtschaftsausschuss, 6 Sitzung, 28. März 2007
736 TOP 3, Grünert/Bäth

- 2 -

2. den Umfang und den Zeitplan der geplanten Verlagerung der operativen Durchführung von Fördermaßnahmen der neuen EU-Strukturförderperiode auf einen Träger außerhalb des Wirtschaftsministeriums und die damit verbundenen Personaleinsparungen mitzuteilen und darüber hinaus weiterhin die Auslagerung weiterer operativer Fördergeschäfte des Wirtschaftsministeriums mit Nachdruck zu prüfen;
3. über den Umfang der Personaleinsparungen beim Haus der Wirtschaft sowie über die Umsetzung als Kosten rechnende Einrichtung (cost-center) mit Blick auf die geeignete Betriebsform des Hauses der Wirtschaft zu berichten;
4. dem Landtag über das Veranlasste bis 1. Dezember 2007 zu berichten.

Wirtschaftsausschuss, 6 Sitzung, 28. März 2007
736 TOP 3, Grünert/Bäth